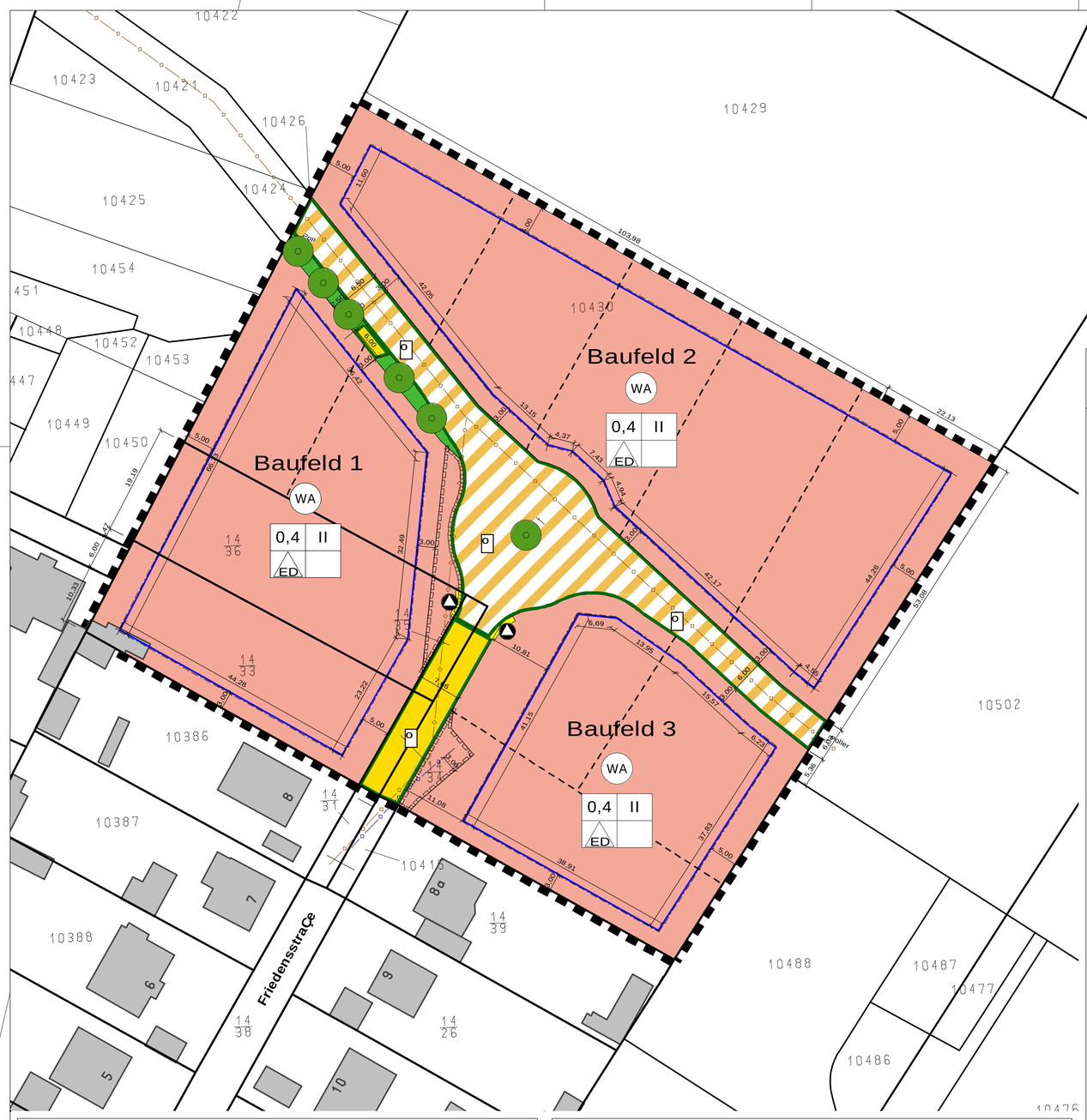


Planzeichenerklärung
(nach § 2 Abs. 4 und 5, 2. Halbsatz PlanZV)

I. Planzeichenfestsetzung
1. Art des baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

WA — Allgemeine Wohngebiete (§4 BauNVO)

2. Maß des baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)

0,4 II / ED

0,4 = Grundflächenzahl (§ 16 Abs. 2 Nr.1 i.V.m. § 19 BauNVO)
II = Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß (§ 16 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO i.V. mit § 19 BauNVO)

3. Bauweise, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 23 BauNVO)

ED = nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig (§22 Abs. 2 BauNVO)

= Baugrenze (§ 23 Abs. 3 BauNVO)

4. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

Straßenbegrenzungslinie

Straßenverkehrsfläche

Verkehrsberuhigter Bereich

öffentliche Straßenverkehrsfläche

private Straßenverkehrsfläche

5. Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 12, 14 BauGB)

Flächen der Ver.- und Entsorgung

Abfall

6. Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

Schmutzwasser unterirdisch

Regenwasser unterirdisch

7. Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)

Grünfläche

8. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

Anpflanzen von Bäumen

9. Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Mit Geh,- Fahr- und Leitungsrecht zu belastende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)
Geh,- Fahr- und Leitungsrecht zugunsten des WWAZ und dessen Rechtsnachfolger.

10. Nachrichtliche Darstellung

- - - - - geplante Parzellengrenzen

Teil B - Textliche Festsetzungen

Aufgrund des BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22. Dezember 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 348) geändert worden ist und der BauNVO in der Neufassung vom 21.11.2017 (BGBl. I. S. 3786), zuletzt geänderten durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176) werden in Ergänzung der nebenstehenden Planzeichnung folgende textliche Festsetzungen getroffen:

Planungsrechtliche Festsetzungen

§1 Art der baulichen Nutzung
§ 9 BauGB i.V. m. § 4 BauNVO

(1) Das Gebiet wird als Allgemeines Wohngebiet, dem Wohnen dienend, gemäß § 4 BauNVO vorgesehen.

(2) Gemäß § 1 Abs. 6 BauGB wird festgesetzt, dass in den allgemeinen Wohngebieten die gemäß § 4 Abs. 3 ausnahmsweise zulässigen Nutzungen unzulässig sind.

§2 Maß der baulichen Nutzung
§ 9 BauGB i.V. m. § 16 BauNVO

(1) Das Maß der baulichen Nutzung ist durch Planeintrag von Grundflächenzahl sowie Zahl der Vollgeschosse festgesetzt.

(2) Als Bezugspunkt für Höhenangaben wird die mittlere Höhe der Oberfläche der Straße im an das Baugrundstück angrenzenden Abschnitt, gemessen an der dem Grundstück zugewandten Straßenbegrenzung, festgesetzt.

(3) Im B-Plangebiet sind nur Einzel- und Doppelhausbebauungen zulässig. Wohn.- und Aufenthaltsräume oberhalb des zweiten Vollgeschosses sind unzulässig.

§3 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB, § 9 Abs. 4 BauGB

(1) Die nicht überbaubaren Grundstücksflächen - insbes. die Vorgartenflächen - sind zu mindestens 80 % als unversiegelte, möglichst zusammenhängende Vegetationsfläche anzulegen und dauerhaft zu unterhalten.

(2) Je angefangene 200 m² neuversiegelter Grundstücksfläche des Wohngebietes ist mind. ein Obsthochstamm oder Laubbaum zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Der vorhandene Baumbestand kann angerechnet werden.

(3) Entlang der Verkehrsflächen sind an den vorgesehen Stellen insgesamt 6 einheimische und standortgerechte Laubbäume zu pflanzen. Die Bäume sind auf Dauer zu erhalten und bei Abgang in der nächsten Pflanzperiode zu ersetzen. Die Bäume müssen eine mindestens 12 m² große bepflanzte oder mit Rasen begrünte, unversiegelte Baumscheibe erhalten.

(4) Die Kompensation des Defizits von 89.271 Wertpunkten nach dem Modell des Landes Sachsen – Anhalt wird über die Ökopoolmaßnahme Nr. 13 der Landgesellschaft Sachsen – Anhalt Äkupferschieferhalde Wimmelburg/Gummersgetzt.

(5) Je Grundstück ist eine Quartiersmöglichkeit für Fledermäuse anzubringen bzw. fest einzubauen und dauerhaft zu erhalten. Das Aufhängen/Anbringen/Einbauen der Fledermausquartiere ist der UNB zu melden.

(6) Je Grundstück ist ein Nistkasten für Höhlenbrüter und je ein Nistkasten für Halbhöhlenbrüter (am Haus oder einem geeigneten Altbaum) anzubringen und dauerhaft zu erhalten. Das Aufhängen der Nistkästen ist der UNB zu melden.

(7) Im Herbst vor der Beräumung der Ruderalflur am nördlichen Rand des Geltungsbereichs sind von den vorkommenden Nachtkerzen die Samen zu gewinnen und an geeigneten Stellen auf dem angrenzenden Grundstück auszusäen. Es sind mindestens Samen für 50 Pflanzen zu gewinnen und auszusäen. Die Maßnahme ist mit dem Flächeneigentümer verträglich zu sichern. Ab dem folgenden Frühjahr sind die Nachtkerzenbestände im Geltungsbereich zu entfernen. Die Fläche dürfen dann ab Juni abgeräumt werden, nachdem die Nachtkerzenschwärmer geschlüpft sind.

(8) Die ordnungsgemäße Beseitigung des Niederschlagswassers obliegt den jeweiligen Grundstückseigentümern (§§ 56 Satz 2 WHG 79 b WG LSA). Das anfallende Niederschlagswasser soll entsprechend der Maßgaben des §§ 55 Abs. 2 WHG ortsnah auf dem Grundstück versickert oder verrieselt werden.

§4 Höchstzulässige Anzahl der Wohnungen in Wohngebäuden (§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB)

(1) Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB wird festgesetzt, dass je Einzelhaus oder Doppelhaus (beide Hälften zusammen) maximal zwei Wohnungen zulässig sind.

§5 Flächen, die mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belasten sind (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)

(1) Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB wird festgesetzt, dass die in der Planzeichnung Teil A mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten gekennzeichneten Flächen, zugunsten des WWAZ und dessen Rechtsnachfolgern zu belasten sind.

§6 Örtliche Bauvorschriften nach § 85 BauO LSA

(1) Grundstückseinfriedungen sind entlang von öffentlichen und privaten Verkehrsflächen nur bis in eine Höhe von 1,20 m zulässig.

Hinweise:

(1) In überschwemmungsgefährdeten Gebieten ist auf Grund hoher Grundwasserstände in Folge der Hochwasserführung eingedeichter Gewässer mit Qualm- und Dränagewasser sowie mit überschwemmungen zu rechnen. Diese Gefährdung ist jedoch abhängig von der höhenmäßigen Lage des Standortes und muss sich nicht auf das Vorhaben beziehen, sondern eventuell nur auf Zufahrtsstraßen und -wege sowie auf Ver- und Entsorgungssysteme. Es liegt im Ermessen des Grundstückseigentümers oder -nutzers, entsprechende Vorkehrungen zum Schutz seines Eigentums zu treffen.

(2) Die Überwachung der Wirksamkeit der textlichen Festsetzungen hat entsprechend der Vorgaben der Begründung und des Umweltberichtes durch die Gemeinde Biederitz zu erfolgen.

(3) Bei der Entwicklung der Bauflächen, der privaten und öffentlichen Grünflächen und der Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft zur Erfüllung der Ausgleichsfunktionen gemäß BauGB / NatSchG LSA ist der Inhalt des Umweltberichtes zu beachten.

(4) Bei den Pflanzarbeiten ist die DIN 18916 (Landschaftsbau; Pflanzen und Pflanzarbeiten, Beschaffenheit von Pflanzen und Pflanzverfahren) zu beachten.

(5) Boden, der bei Veränderungen an der Erdoberfläche ausgehoben wird, ist in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung oder Vergeudung zu schützen (§ 202 BauGB). Im übrigen gilt die DIN 18915 (Landschaftsbau; Bodenarbeiten für vegetationstechnische Zwecke; Bodenbearbeitungsverfahren) in der aktuellen Fassung sowie das Bodenschutzgesetz (BodSchG) insbesondere § 4.

(6) Die auf privaten Grünflächen zur Anpflanzung festgesetzten Laubbaum- und Straucharten müssen die folgende Qualität aufweisen:

Baumpflanzung auf den privaten Grundstücksflächen
- Laubbaum – Hochstämme StU 12 – 14 cm
- Obsthochstämme StU 10 – 12 cm

Baumpflanzung entlang der Verkehrsflächen (Pflanzgebot)
- Laubbaum – Hochstämme StU 16 – 18 cm

Aufstellungsbeschluss

Der Gemeinderat der Gemeinde Biederitz hat auf seiner Sitzung am 23.03.2023 mit Beschluss BV-GR 14/2023 GR den Aufstellungsbeschluss zum B- Plan Nr. 58/ 2024 ÄFriedensstraßeÄ Nordseite ñOT Heyrothsberge in der Gemeinde Biederitz beschlossen.
Der Aufstellungsbeschluss wurde gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB am 29.02.2024 im Amtsblatt des Landkreises Jerichower Land, 18. Jahrgang, Nr.: 3 ortsüblich bekannt gemacht.

...., ...
Siegelabdruck
.....
Bürgermeister

Satzungsbeschluss

Die Gemeinde Biederitz hat den Bebauungsplan "FriedensstraßeÄ - Nordseite" nach Prüfung der Bedenken und Anregungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am ..... als Satzung (§ 10 BauGB) beschlossen sowie die Begründung und Umweltbericht bebilligt.

...., ...
Siegelabdruck
.....
Bürgermeister

Frühzeitige Bürgerbeteiligung und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Die frühzeitige Bürgerbeteiligung fand vom 11.03.2024 bis einschließlich 12.04.2024 statt.
Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 3 Abs. 1, Satz 1 BauGB ist mit dem Schreiben vom 26.03.2024 durchgeführt worden.

...., ...
Siegelabdruck
.....
Bürgermeister

Ausfertigung

Der Bebauungsplan Nr. 58/2023 für das Vorhaben "FriedensstraßeÄ - Nordseite" in Heyrothsberge bestehend aus Planzeichnung und Begründung wurde hiermit ausgefertigt.

...., ...
Siegelabdruck
.....
Bürgermeister

Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

Die Gemeinde Biederitz hat in seiner Sitzung am ..... dem Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.
Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden ortsüblich am ..... bekannt gemacht.
Der Entwurf des Bebauungsplanes "FriedensstraßeÄ - Nordseite" und die Begründung haben vom ..... bis ..... gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

...., ...
Siegelabdruck
.....
Bürgermeister

¦ bereinstimmungsvermerk

Die verwendete Planungsunterlage enthält den Inhalt des Liegenschaftskatasters und weiÇt die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie StraÇen, Wege und Plätze vollständig nach.
Sie ist hinsichtlich der planungsrelevanten Bestandteile geometrisch einwandfrei.

...., ...
Siegelabdruck
.....
Bürgermeister

Kartengrundlage

Kartengrundlage:	Liegenschaftskarte des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt (LVermGeo LSA) Gemarkung: Heyrothsberge Flur: 4
Stand der Planungsunterlage:	März 2015
Vervielfältigungserlaubnis erteilt:	
durch:	LVermGeo LSA
am:	
Aktenzeichen:	06/2017 ÄGeobasisdaten É GeoBasis-DE / LVerm GeoLSA,2017/A18-2640-2012-5ñ

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4a Abs. 2 BauGB parallel zur öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2Bau GB mit dem Schreiben vom ..... beteiligt und von der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB benachrichtigt worden.

...., ...
Siegelabdruck
.....
Bürgermeister

Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist eine Verletzung der in § 214 (1) und (2) BauGB in Verbindung mit § 215 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften nicht geltend gemacht worden.

...., ...
Siegelabdruck
.....
Bürgermeister

Rechtsgrundlage

Die Satzung wird auf der Grundlage

* des Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22. Dezember 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 348) geändert worden ist
* und in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche Nutzung von Grundstücken (BauNVO) vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176)
* auf der Grundlage des Gesetzes zur Reform des Kommunalverfassungsrechts des Landes Sachsen-Anhalt und zur Fortentwicklung sonstiger kommunalrechtlicher Vorschriften (kommunalrechtsreformgesetz) vom 17.Juni 2014 (GVBl. LSA S. 288), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 2025 (GVBl. LSA S. 834)
* und der Planzeichenverordnung vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 12. August 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 189) geändert worden ist

aufgestellt.

.....
Bürgermeister
Siegelabdruck

Beteiligung Raumordnung und Landesplanung

Die für Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 1 Abs. 4 BauGB beteiligt worden.

...., ...
Siegelabdruck
.....
Bürgermeister

Bekanntmachung

Die Satzung zum Bebauungsplan sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von Jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, mit Veröffentlichung im Amtsblatt am ..... ortsüblich bekannt gemacht wurden.
In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215, Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44, 246a, Abs.1, Satz 1, Nr.9 BauGB) hingewiesen worden.

Die Satzung ist am ..... in Kraft getreten.

...., ...
Siegelabdruck
.....
Bürgermeister

Präambel

Aufgrund der §§ 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22. Dezember 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 348) geändert worden ist, wird nach Beschlussfassung durch den ..... der ..... vom ..... auf der Grundlage des Gesetzes zur Reform des Kommunalverfassungsrechts des Landes Sachsen-Anhalt und zur Fortentwicklung sonstiger kommunalrechtlicher Vorschriften (Kommunalrechtsreformgesetz) vom 17. Juni 2014 (GVBl. LSA S.288) in der zuletzt geänderten Fassung die Satzung über den Bebauungsplan "FriedensstraßeÄ - Nordseite" OT Heyrothsberge in der Gemeinde Biederitz bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen.

Teil A - Planzeichnung
Maßstab : 1:500
mit zeichnerischer Festsetzung

Teil B - Text
textliche Festsetzung der §§ 1-5

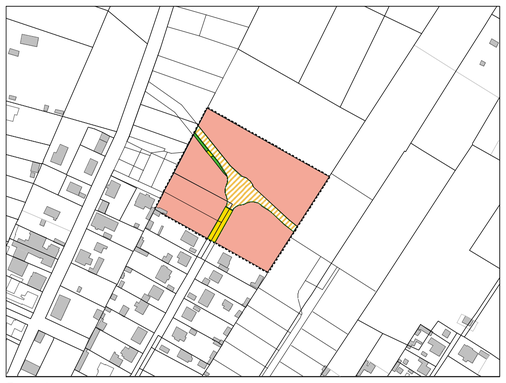
...., ...
Siegelabdruck
.....
Bürgermeister

Gemeinde Biederitz
OT Heyrothsberge

Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 58/2023
"FriedensstraßeÄ - Nordseite", OT Heyrothsberge
mit örtlicher Bauvorschrift entsprechend § 85 BauO LSA

Stand: Januar 2026

M 1:500



Planverfasser:

Ingenieurbüro Lange & Jürries GmbH
StraÇenbau, Tiefbau, Hochbau
Niels-Bohr-StraÇe 1, 39106 Magdeburg
tel. 0391/ 63609136
mail. a.lange@lange-juerries.de